

Mobilheime oder Sporthalle?

Stadt sucht Unterkünfte für Geflüchtete aus Ukraine / Mehr als 120 Menschen sind bereits angekommen

Von Antje Bismark
und Joachim Dege

Burgdorf. Noch vor einer Woche hatte die Stadt Burgdorf nicht in Betracht gezogen, erneut Sporthallen für die Unterbringung von Geflüchteten nutzen zu müssen. Seit dieser Woche aber prüft die Verwaltung, ob und welches Gebäude sie als Unterkunft herrichten kann. Auch eine Belegung der inzwischen verkauften, aber bewohnbaren mobilen Heime am Sorgenser Dreieck schließt die Stadt nicht mehr aus.

125 Geflüchtete aus der Ukraine haben sich nach Darstellung der Stadt innerhalb von nur einer Woche in Burgdorf registrieren lassen – Stand Donnerstag, 12 Uhr. Diese Zahl gab der Erste Stadtrat Michael Kugel am Donnerstagabend im Rat der Stadt bekannt. Es seien so viele, wie während der Flüchtlingskatastrophe 2015/2016 innerhalb eines Monats gekommen seien, sagte der stellvertretende Verwaltungschef. 57 dieser Menschen bezögen Sozialleistungen von der Stadt.

Jeden Tag kämen neue Flüchtlinge in der Stadt an, vor allem Frauen und Kinder, berichtet Stadtsprecher Sebastian Kattler. Die Verwaltung gehe davon aus, dass etliche Ukrainerinnen und Ukrainer eine private Bleibe gefunden und sich noch nicht offiziell gemeldet hätten. „Eine Einschätzung zur Anzahl gibt es nicht“, sagt Kattler.

Angebote werden nicht reichen

Bislang habe die Stadt 28 Geflüchtete in der Unterkunft nahe der Feuerwehrtechnischen Zentrale aufgenommen, vier von ihnen hätten die Einrichtung inzwischen wieder verlassen. Damit seien zwei Einheiten zu je drei Zimmern noch frei, wobei eine Einheit als Corona-Quarantäneunterkunft freigehalten werde. Laut Kattler bevorzugt die Stadt eine dezentrale Unterbringung. Aber: Alle bisherigen Angebote werden kurz- oder mittelfristig nicht ausreichen.

Deshalb zeichnet sich inzwischen eine Kehrtwende beim Umgang mit den vier mobilen Heimen am Sorgenser Dreieck ab. Diese hat die Stadtverwaltung nach eigener Darstellung inzwischen zwar verkauft. Wegen der aktuellen Lage verhandele sie nun aber mit dem Käufer darüber, ob die Kommune diese weiterhin nutzen darf.

Die Stadt spricht von einer „rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Thematik“, die derzeit geprüft werde. Abschließende Aussagen seien gegenwärtig nicht möglich.

Bereits im November – und damit lange vor dem Ukraine-Krieg – hatte der FDP-Ratsherr Karl-Heinz Veh-



Ungenutzt, aber benötigt: Die mobilen Wohnheime am Sorgenser Dreieck stehen aktuell nicht für die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine zur Verfügung. FOTO: JOACHIM DEGE

ling angeregt, dass die Stadt den geplanten, aber seinerzeit noch nicht vollzogenen Verkauf der an der Sorgenser Straße errichteten Flüchtlingsbaracken noch einmal überdenken solle. Es sei schließlich schon jetzt erkennbar, dass sich die Lage noch zuspitzen werde, sagte er seinerzeit mit Blick auf die Aufnahmequote. Im Rat durchsetzen konnte er sich mit seiner Forderung nicht, sodass die Stadt – sollte sie die Holzgebäude belegen wollen – eine Miete zahlen muss.

Sporthallen als Unterkünfte?

Angesichts der aktuellen Flüchtlingsströme und der zu erwartenden Zuteilung vom Land untersucht die Stadt nach Angaben ihres Sprechers inzwischen auch, ob und welche Sporthalle sich als Notunterkunft eignet. Eine Entscheidung gebe es bisher nicht. Auch ob Schulsporthallen betroffen sein könnten, kann Kattler nicht sagen. Bei der Flüchtlingswelle vor sieben Jahren baute die Stadtverwaltung die Mehrzweckhalle in Schillerslage so um, dass sie als temporäre Bleibe dienen konnte. Allerdings dauerte die Nutzung dann viel länger als geplant.

Lob zollt die Stadt ihren Kooperationspartnern Diakonie, Mehrgenerationenhaus und Nachbarschaftstreff für deren Flüchtlingsarbeit. Die Zusammenarbeit funktioniere sehr gut. „Es gibt einen intensiven Austausch“, sagt Stadtsprecher Kattler. Die städtischen Sachbearbeiter übernehmen die Erstversorgung. Parallel dazu suchten städtische Sozialarbeiter und auch die Koopera-

tionspartner das Gespräch mit den Geflüchteten und deren Bezugspersonen in Burgdorf, um ergänzende Bedarfe zu ermitteln.

Tut die Stadt zu wenig?

Im Rat der Stadt setzte es am Donnerstagabend harsche Kritik. Die Stadtspitze unternehme angesichts der dramatischen Lage zu wenig und solle sich ein Vorbild an umlie-

genden Gemeinden nehmen, die wesentlich mehr für Flüchtlinge aus der Ukraine täten, warf der WGS-Fraktionsvorsitzende Rüdiger Nijenhof Bürgermeister Armin Pollehn (CDU) und seinem Führungspersonal vor: „Die Stadt könnte viel aktiver sein. Stattdessen ruht sie sich darauf aus, dass Bürger sich engagieren“, sagte Nijenhof. Pollehn lehnte es ab, sich dazu zu äußern.

KOMMENTAR

Eine absurde Situation



Von Antje Bismark

Sicher: Den Ukraine-Krieg hat die Stadt Burgdorf nicht absehen können. Sicher ist auch: Die Stadtverwaltung hat den Anwohnerinnen und An-

wohnern den Abbau der Mobilheime zugesagt, zumal rechtliche Vorgaben gegen eine dauerhafte Nutzung des Areals sprechen. Doch spätestens im Herbst vergangenen Jahres zeichneten sich neue Flüchtlingsströme ab. Schon damals mahnten Fachleute davor, dass mehr Menschen nach Deutschland und damit auch nach Burgdorf kommen und Schutz suchen werden.

In dieser Situation hat es die Stadt versäumt, über alternative Standorte der mobilen Heime

nachzudenken und eine langfristige Strategie zu entwickeln. Stattdessen ignorierte die Verwaltung die Warnungen aus der Ratspolitik und organisierte den Verkauf über eine Onlineplattform.

Das rächt sich nun. Denn sollten so viele Flüchtlinge kommen, wie aktuell prognostiziert wird, dann wird die Stadt jeden Raum benötigen, also auch die mobilen Unterkünfte. Damit steht auch fest, dass sie für ihr bisheriges Eigentum eine Miete zahlen muss. Eine absurde Situation.